



# HESSISCHER LANDTAG

16. 08. 2011

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend erneute Vergaberechtsverstöße beim Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung der hessischen Polizei**

Nachdem bereits im Rahmen des Verantwortungsbereichs des hessischen Finanzministeriums massive Vergabefehler und rechtswidrige Vergabeverfahren festgestellt wurden, hat der Hessische Rechnungshof in seinen am 31.05.2011 vorgestellten Bemerkungen 2010 attestiert, dass auch innerhalb des für die Beschaffung bei der Polizei zuständigen Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV) erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung von Vergabeverfahren festgestellt werden mussten.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedauert, dass der Hessische Rechnungshof bei seiner letzten Prüfung des PTLVs erneut feststellen musste, dass die überprüften Vergabeverfahren "überwiegend mangelhaft dokumentiert, nicht nachvollziehbar" waren und damit in rechtswidriger Weise durchgeführt worden sind.
2. Der Landtag kritisiert, dass unter der Verantwortung des ehemaligen Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Bouffier (CDU) aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses 16/2 zum PTLV und dem damaligen Rechnungshofbericht zum PTLV aus dem Jahr 2005 keine Schlüsse gezogen und die Mängel bei der Dokumentation, der gewählten Art der Vergabeverfahren sowie der Organisation des Präsidiums und der Lagerhaltung nicht abgestellt wurden.
3. Der Landtag begrüßt, dass sich Innenminister Rhein (CDU) nunmehr entschlossen hat, die vom Hessischen Rechnungshof kritisierten Vergabeverfahren zur externen, rechtlichen Begutachtung auszuschreiben, wie dies bereits bei Vergabeverfahren im Geschäftsbereich des Finanzministers geschehen ist.
4. Der Landtag befürwortet ausdrücklich, dass die Landesregierung den Empfehlungen des Hessischen Rechnungshofes Folge leistet und die Organisation des PTLV extern und ergebnisoffen überprüfen lässt, um festzustellen, ob und gegebenenfalls mit welchen Zuständigkeiten das PTLV beibehalten werden soll. Insbesondere ist zu begrüßen, dass die Landesregierung untersuchen lässt, ob die polizeispezifischen Beschaffungen zukünftig dem Landespolizeipräsidium und die sonstigen Beschaffungen einer der Zentralen Beschaffungsstellen, dem HCC oder der HZD, zugeordnet werden können.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Ergebnisse der in Bezug auf das PTLV von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Überprüfungen dem Innenausschuss vorzulegen.

Wiesbaden, 16. August 2011

Für die Fraktion  
der SPD  
Der Parlament. Geschäftsführer:  
**Rudolph**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**